

Erscheint wöchentlich Freitags.
Zu beziehen nur durch die Post
zum Preise von 1,20 M. viertel-
jährlich.

Sattler-

Inserate kosten 30 Pfennig pro
3gefallene Zeilen.
Bei Wiederholungen entsprechen-
der Rabatt.

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwareindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 48 .: 25. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 10b .: Telefon: Amt IV, 2120

Berlin, den 1. Dezember 1911

Bekanntmachung!

Auf Grund des § 15 unseres Statuts beruft hierdurch der Zentralvorstand unsere

2. ordentliche General-Versammlung

zu **Wittwoch, den 29. Mai 1912** und folgende Tage nach

München

ein. Anträge zur General-Versammlung sind bis spätestens den 21. März 1912 an den Zentralvorstand einzusenden. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden. Die Anträge müssen besonders eingereicht werden und dürfen nicht mit anderen Schriftstücken verbunden sein und müssen den Stempel der Ortsverwaltung tragen. Die Anträge nebst der endgültigen Tagesordnung werden in Nr. 15 der Sattler- und Portefeuille-Zeitung am 12. April 1912 veröffentlicht.

Die Wahlkreiseinteilung erfolgt auf Grund der Abrechnung des III. und IV. Quartals 1911. Um die Wahlkreiseinteilung rechtzeitig veröffentlichten zu können, wird gebeten, die Abrechnung über das IV. Quartal so bald als möglich, spätestens aber bis zum 15. Januar 1912, einzusenden. Der Wahltermin wird später bekanntgegeben.

Berlin, den 29. November 1911.

Mit kollegialem Gruß

Der Zentralvorstand.

J. A.: F. Blum, Berlin SO. 16, Bräudenstr. 10b.

Inhalt: Bekanntmachung. — Beitragszahlung. — Vorschau auf München 1912. — Unter Verband am Schluß des 3. Quartals 1911. — Kulturdokumente. — Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Organisation der Arbeitnehmer. — Darf man seine Verbandszugehörigkeit dem fragenden Unternehmer gegenüber verweigern? — Zweite Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuille- und Reiseartikelgewerbe zu Offenbach a. M. — Streiks und Lohnbewegung. — Aus unserem Beruf. — Aus Industrie und Handel. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Soziales. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Bücherchau. — Berichtsnotale für Sattler und Portefeuille. — Adressenänderungen. — Versammlungskalender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 3. bis 9. Dezember ist der 19. Verbandbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstand ist, kann keinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Vorschau auf München 1912.

In unserer heutigen schnellebigen und rastlosen Zeit, wo die täglichen Erscheinungen auf allen Gebieten des wirtschaftlichen und politischen Lebens den ganzen Ernst eines Mannes erfordern, wo das Augenblicksinteresse von heute die große Tat von gestern verdrängt, vergehen die Erinnerungen an Zeit und Raum sehr schnell. Gar mancher wird mit uns fragen: Ist es schon wieder so weit, geben die drei Jahre nach Köln schon zur Neige? Jawohl! Die erste Periode der in Köln neugeschaffenen Organisation des Sattler- und Portefeuille-Verbandes geht ihrem Ende entgegen und wird mit dem heutigen Tage die Rüstung zur Reise nach München beginnen.

Es darf heute schon gesagt werden, daß das Interesse für die Tagung ein außerordentlich hohes sein wird, weil die Ergebnisse und die Resultate der Verrechnung der beiden alten Organisationen zu unserem heutigen Verbande in allererster Linie zur Debatte stehen werden. Es ist heute nicht angebracht, einen vollständigen Überblick über die im Ablauf begriffene Geschäftsperiode zu geben, soviel darf aber gesagt werden, daß die leinerzeit in Köln ausgesprochenen Hoffnungen und Wünsche nicht nur in Erfüllung gegangen sind, sondern darüber hinaus Erfolge erzielt wurden, insbesondere organisatorische, die alle Achtung erzwingen müssen. Die vor der Verrechnung teilweise geäußerten Befürchtungen, daß die beiden in Frage kommenden Gruppen, die Portefeuille und Sattler, sich wohl schwer verstehen würden, daß es längerer Jahre bedürfe, um sich aneinander zu gewöhnen, waren vollends grundlos. Wenn wir, mit Ausnahme der vorjährigen Tarifbewegung und ferner hier am Plage, wenig Gelegenheit hatten, persönlich uns von dem Zueinanderarbeiten zu überzeugen, so ist doch der Tenor unserer einlaufenden Korrespondenz so gestimmt, daß man nicht von Portefeuillern oder Sattlern spricht, sondern nur von Kollegen. Daß dem so ist, wird jeden mit voller Genugtuung erfüllen.

Wer über das Kurmitgliedssein hinaus dem Verbandsleben Interesse entgegenbringt, der wird sich die Frage vorlegen: welcher Stempel wird der Generalversammlung in München aufgedrückt sein, was wird im Mittelpunkt der Tagung stehen? Die früheren Verbandstage beider früheren Organisationen standen seit fast

einem Jahrzehnt, einbezogen Köln, immer unter dem Gesichtswinkel mehr oder minder großer Reformen. Die Einführung des Unterstützungsweises, die spätere Ausgestaltung desselben, die organisatorischen Fragen und deren Lösungen beherrschten zumeist unsere Generalversammlungen. Köln schuf, wie schon betont, ganz neue Verhältnisse, an die wir uns kaum gewöhnt haben. So liegt dem zurzeit kein besonderes Bedürfnis vor zu neuen Reformen, sondern wird der **Ausbau** unserer Organisation im Vordergrund der Beratungen stehen.

Wenn wir im allgemeinen einen Rückblick auf die Entwicklung unseres ganzen gewerkschaftlichen Lebens werfen, so wird der ungenügende Einfluß der wirtschaftlichen Kämpfe das Große und Gigantische dieses Ringens, auf die Gestaltung der Organisationen, und zwar auf die innere sowohl als auch auf die äußere, überall zu erkennen sein. Der Zusammenschluß der kleineren verwandten Organisationen zu einer größeren leistungsfähigen Organisation hat sich fast in allen Industriegruppen mit Notwendigkeit vollzogen. Die gesunde Entwicklung dieser Fusionen zeigt sich aber auch darin, daß bisher fast durchweg alle Wünsche einer Uebervermehrung, mit anderen Worten gesagt: Organisationen miteinander zu verschmelzen, die ihrer Natur nach nicht zusammen gehören, abgelehnt wurden. Soweit der äußere Ausbau, der sich auch bei uns vollzogen hat und mit gutem Glück. Die Intensivität der Kämpfe der letzten Jahre nötigte die Gewerkschaften aber auch, zu ihrem inneren Ausbau Stellung zu nehmen. Und hiermit kommen wir zur Kern- und Stadi-

beiträge der gesamten Organisation und auch zum Mittelpunkt anderer nächster Verbandstages. Mit klaren Worten sei gesagt: die Beiträge der Mitglieder gemessen nicht mehr an die Aufgaben einer modernen Kampfgesellschaft erfüllen zu können. Dieses haben die meisten Organisationen eingesehen und demzufolge ihre Beiträge erhöht. Zahlreiche haben auf der Generalversammlung in Köln bereits darauf verwiesen, daß die Beiträge anderer meisten Organisationen zu gering und, um die Interessen der Mitglieder genügend wahren zu können. Auch wir sind nicht in der Lage, trotz des anscheinend guten Vermögens, einer großen Ausparnung, welche zur Hälfte unserer Mitglieder gleichzeitig auf das Strapazierpflaster wirkt, eine längere Zeit über Wasser zu halten, ohne die Interessen der übrigen Mitglieder enorm zu schädigen. Aus faktischem Interesse verzichten wir darauf, an dieser Stelle uns in Details einzulassen. Bemerkenswert ist nur, daß es auf die Dauer nicht auskömmlich sein kann, daß immer und immer wieder der nackte Klassenkampf den größeren Einfluß bei der Entscheidung im Lohnkampf ansieht. Wir brauchen eine größere Ellenbogenfreiheit, um uns im ständigen erfolgreich wehren zu können. Der eventuelle Hinweis, daß wir erst 1916 voraussichtlich zu größeren Bewegungen kommen dürften, und daß wir bis dorthin auch mit unseren jetzigen Mitteln der Klasse gut nachgeholfen haben werden, ist verfehlt. Die Dinge liegen so, daß in den nächsten Jahren auch die anderen Branchen, die Wagensticker, die Treibriemensticker usw., in den Vordergrund treten werden, um ihre Rechte geltend zu machen. Auch sind wir heute nicht mehr allein bestimmend bei einem großen Teile der Kollegen, ob wir als Organisation mitmachen wollen, sondern es werden heute große Kreise unserer Mitglieder mit in den Kampf gezogen durch die Willkürakte der Unternehmer. Der Kampf der Metallindustriellen gegen den Deutschen Metallarbeiterverband hat uns schon viel Geld gekostet und wird uns noch mehr kosten. Im Augenblick droht der Kampf wieder in Berlin und werden an dem Tage, an dem diese Zeilen das Licht erblicken, wohl 70000 Arbeiter hier auf dem Pflaster liegen. Durch diese Kämpfe werden wir direkt und indirekt in Mitleidenschaft gezogen und die laufenden Mittel wieder verbraucht. Wer sich die Mühe machen will, die Beitragsfrage in den deutschen Gewerkschaften zu studieren, wird finden, daß nur noch ein kleinerer Bruchteil unserer Beitrag von 50 Pf. zahlt und die meisten Arbeiter, bei durchaus nicht höheren, sondern niedrigeren Löhnen höhere Wochenbeiträge bezahlen.

Nach der Gewerkschaftsstatistik der Generalkommission zahlten im Jahre 1910 nur noch 39 Proz. der Gewerkschaftsmitglieder, eingerechnet die weiblichen, einen Beitrag unter 50 Pf. Der 50 Pf.-Beitrag wurde von 17 Proz. gezahlt. Nun hat sich aber im Laufe des Jahres 1911 diese Frage noch ungeheurer verschoben, indem bei einer großen Anzahl von Organisationen mit insgesamt 530000 Mitgliedern, der Beitrag wiederum erhöht wurde. Bei dieser Aufstellung ist der neugegründete Bauarbeiterverband, der am 1. Januar 1911 ins Leben trat, noch nicht berücksichtigt. Die Statistik für 1911 wird also ergeben, daß nur ein geringer Teil der organisierten Arbeiter diese geringen Beiträge zahlt. Betonen wollen wir noch, daß auch bei den meisten Organisationen an den Unterstufungen keine wesentlichen Änderungen eingetreten sind.

Wir können dieses Thema an dieser Stelle nicht erschöpfend behandeln, sondern nur darauf verweisen, daß die zentralen Körperlichkeiten unter allseitiger Zustimmung der Gauleiter beschlossen haben, der nächsten Generalversammlung den Antrag zu unterbreiten, mit dem 1. Januar 1913 den Beitrag für männliche Mitglieder auf 60 Pf. und für weibliche Mitglieder auf 30 Pf. zu erhöhen. Daß hierbei die Frage eines Staffelbeitrages einwandfrei geprüft wurde, versteht sich von selbst. Es ergab sich aber dabei, daß diejenigen, welche diese Art der Beiträge genau studiert hatten, ihnen nicht mehr

das Wort reden konnten. Die Staffelbeiträge erscheinen auf den ersten Augenblick als gerecht und darf man ihnen auch im Prinzip zustimmen. Die praktische Durchführung derselben richtet sich aber immer nach den Verhältnissen und so leben wir auch, daß in den Industrieverbänden, ob klein oder groß, ist nebenbei, der Staffelbeitrag keine Freunde finden kann. Auch unsere Gauleiter neigten zum Teil den Staffelbeiträgen zu, weil sie die leistungsfähigen Schuttern schätzen wollten. Nun steht aber eines fest, wenn wir jemals an eine Staffelung herangehen, dann kann dieselbe niemals nach unten gehen, sondern nach oben. Zu betonen ist auch, daß der Geldwert enorm gefallen ist und heute für die Organisation der 50 Pf. Beitrag nicht mehr den Wert hat, wie vor Jahren. Es wird allerdings das Verhalten des Zentralvorstandes sein, nach Mitteln und Wegen zu forschen, um auch den zurückgebliebenen Gegenden in der Beitragsfrage entgegenzukommen und werden wir der Generalversammlung geeignete Vorschläge machen. Zentralvorstand, Ausschuss und die Gauleiter werden sich aber auch darüber einig, daß es auf der nächsten Generalversammlung zu einer Erhöhung der Unterstufungen, gleichviel welcher Art, nicht kommen darf. Auf diesem Gebiete haben die letzten Verbandstage so gut vorgebergt, daß zunächst nicht daran gedacht werden darf, zu neuen Reformen überzugehen. Darüber besteht Einmütigkeit. Was wir wollen, das ist ein Kampffonds, ein Fonds, der allein schon durch seine Höhe eine Macht, einen Regulator bei den Verhandlungen mit dem Unternehmertum bilden muß. Daß ein solcher Kampffonds auf die Stimmung der Fabrikanten zu unseren Gunsten einwirken kann, daran hatten wir erst vor einigen Wochen Gelegenheit angenehm Notiz nehmen zu können. Das Lebenselement unserer deutschen gewerkschaftlichen Organisationen ist nun einmal der Kampf; zum Kampf gehören Kämpfer, die haben wir. Die Kämpfer wollen aber ausgerüstet sein und deshalb muß die Kasse gut gefüllt sein. In diesem Bestreben glauben wir uns einzig mit dem Gros unserer Mitglieder und werden unsere Vorschläge auch überall den nötigen Widerhall finden.

Aus dem, was sonst noch die auserwählten Vertreter beschäftigen wird, heben wir hervor, daß der Zentralvorstand den im letzten Sommer schon geäußerten Wünschen nach einer besseren Förderung der Brancheninteressen eine feste Gestalt geben will. Die Erfahrungen, welche wir mit unseren Tariffunktionen gemacht haben, sind gemischter Natur, dabei aber das Gute das Schlechte bei weitem überwiegend. Es soll unter allen Umständen versucht werden, auch den einzelnen Sparten mehr Rechnung zu tragen. Daß diese sich natürlich auch selbst etwas Mehr regen müssen, nach dem Muster der in der Lederwarenindustrie und auch der in der Militäreffektenfabrikation beschäftigten Arbeiter, ist selbstverständlich. Nur der, der von sich reden macht, sich betätigt, findet die nötige Beachtung. Als Mittel zum Zweck sollen in der Zukunft Branchenkongresse mehr in Erwägung gezogen werden statt den überlebten Gaukongressen, welche schon seit Jahren in ihrem Gehalt außerordentlich minderwertig waren. Daß in solchen Branchenkongressen intensive Vorarbeit gehört, versteht sich von selbst und haben solche Veranstaltungen keinen bleibenden Wert, wenn nicht positive Arbeit geleistet werden kann.

Die Ausgestaltung der übrigen Lage soll nach den Absichten des Zentralvorstandes fast ausschließlich auf sozialpolitischen Gebiete liegen. Die letzte Geschäftsperiode des Reichstages, und auch die augenblickliche Lage noch, hat uns eine Menge sozialpolitischer Neuerungen gebracht, daß es notwendig ist, an dieser Stelle mal ein Wort dazu zu sagen. Abgesehen von der Reichsversicherungsordnung werden wir auch mit einem Hausarbeitergesetz bedacht, das unseren Wünschen durchaus nicht entspricht. Wir erinnern ferner an das Arbeitskammergesetz, an die Novelle zum neuen Strafgesetzbuch, die erst im neuen Reichstag zur Verhandlung stehen wird und womit sich der letzte Gewerkschafts-

langreich schon beschäftigt hat. Aber auch direkt berufliche sozialpolitische Fragen können und müssen uns beschäftigen. Wir erinnern daran, wie die Gefängnisarbeit in unserem Vaterland immer mehr um sich greift und wie die Behörden unserer Verbände um Abstellung dieser Mißstände verständnislos gegenüberstehen. So dürfte uns also ein reichhaltiges Programm beschäftigen, bei dem wir die Forderungen unserer Mitglieder an den Staat und an die Gesetzgebung zum Ausdruck bringen werden.

Mit dieser kurzen Skizze glauben wir in genügender Form die Richtlinien angegeben zu haben, worüber wir in München verhandeln werden. Eines sei hier noch gesagt, worüber wir nicht verhandeln werden und was schon in einigen Versammlungen Gegenstand einer aufgeregten Debatte war. Es ist die Meinung verbreitet, als wolle der Zentralvorstand auf dem nächsten Verbandstage eine Vorlage einbringen zur Schaffung eines Delegierteninstitutes zum Zwecke der Reichshilfsaktion bei Lohnbewegungen. Der Zentralvorstand erklärt hierdurch, daß auch nicht die geringste Absicht besteht, die Münchener Generalversammlung mit solchen Reformen zu beglücken und daß alles beim alten bleiben soll. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um die Gemüter wieder zu beruhigen.

An die Mitglieder richten wir nun die Bitte, unsere Vorschläge einwandfrei zu prüfen, zu diskutieren und den Vertretern soll es überlassen bleiben, das Beste zu finden. Wir glauben auch nicht einen Augenblick schlagen, wenn wir betonen, daß unsere Organisation seit langen Jahren gewöhnt ist, ihren eigenen Sturz zu hemmen, ohne die Hilfe der übrigen Arbeiterschaft, daß aber auch in dem Moment alle Mann auf Deck zu finden sind, wenn es gilt, gegen den Sturm unserer Gegner Hand anzulegen. Wir wären aber schlechte Kapitäne, würden wir erst abwarten, bis der Kampf kommt oder nicht, es könnte dann vielleicht zu spät sein. Wir rufen also heutzutage mit der übrigen Arbeiterschaft Deutschlands, die uns zum großen Teile auf diesem Wege schon voraus ist, um allen Eventualitäten mit ruhigem Auge entgegengehen zu können.

Dies sei unsere Parole auf dem Wege nach München, denn auf die Arbeit.

F. Wilm.

Unser Verband am Schlusse des 3. Quartals 1911.

Auch im abgelaufenen Vierteljahr hat unser Verband eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Die Zahl der männlichen Mitglieder stieg um 247 auf 12328, die der weiblichen fiel um 11 auf 1188. Wohl sind 986 Mitglieder neu eingetreten, aber die alte Erfahrung, daß auch nach der erfolgreichsten verlaufenen Lohnbewegung eine Anzahl Mitglieder der Organisation verlustig geht, ist auch hier in die Erscheinung getreten. Ob es jemals gelingen wird, solcher Attrition zu steuern, ist eine alle Gewerkschaften interessierende Frage, die nur durch emsige, aufklärende Mitarbeit aller Kollegen gelöst werden kann. Die Verwaltungsstellen haben sich um eine vermehrt. Während Kameln eingezogen ist, wurden Nachen und Köthen neugegründet. Wurden im 2. Quartal 72810 Mk. an Beiträgen und Eintrittsgeldern für die Hauptkasse vereinnahmt, so waren es diesmal 85069 Mk. oder ein Plus von 12253 Mk. Die Lokal- bezw. Extrabeiträge stiegen von 14700 Mk. auf 15198 Mk. Veranlagt wurden im 3. Quartal 1911 für Unterstufungen 44200,69 Mk., und zwar

	Zentralkasse Mk.	Lokalstoffe Mk.
Reiseunterstützung	1607,72	214,80
Arbeitslohnunterstützung	10566,25	5190,30
Krankunterstützung	12260,-	1490,48
Beerbidungsbefähigung	1465,-	
Streitunterstützung	8074,82	884,26
Wahrgelungunterstützung	779,-	478,30
Ilmjugunterstützung	444,-	
Notfallunterstützung	170,-	85,-
Rechtschutz	410,-	
Sonstige Unterstufungen		70,77
Summa	35776,79	8428,90

Die Lust zum Leben wächst mit der Arbeit. Tu, was du willst, es ist ein Stück der Welt, und was du anrührst, das bezagt dich mit seiner allüberdringend süßen Kraft.
L. Schefer.

Kulturdokumente.

Die steigende Klasse und ihre Fürsprecher be trachten es als eine der höchsten Aufgaben, den Ar beitern Denu, Sparjamkeit und vor allem Gemü tsamkeit zu predigen. Die Erde ist doch nur ein Kammerthal, eine Durchgangssituation. Wohl ist der Weg zum besseren Dasein heinig und dornenvoll, aber die Besorgung für die Tugend der Armut und des Stands wird sicher nicht ausbleiben. Und nun kommt der heilige Augenblick: „Da oben ist da oben der Eud von Ewigkeit zu Ewigkeit besser gehen, als den Reichen, die ob ihrer Sünden in der Hölle heiten müssen, denn eher geht ein Kamel durch ein Nadelohr, als daß ein Reicher an den Himmel kommt.“ Nicht daß die große Masse des Volkes ob der Unvergänglichkeits der Reichen sich freut, ihnen dankt, daß sie ihnen den Himmel überlassen und dem bescheidenen Schatz Abrahams den Höllesten vorziehen, in dem der Teufel einen Festwurm nach dem andern hineinfördert, ist sie unzufrieden. Ja, unzufrieden sind die Massen ausgehungertes Arbeiter, auch sie möchten teilhaben an den Genüssen des Lebens, an allen Kulturfortschritten. Sie verkaufen ihre Seeligkeit wie Esau seine Erstgeburt an ein Linsengericht. In dem Beitreben nach Lust, Licht, guter Nahrung, Anteilnahme an Kunst, Wissenschaft und technischen Fortschritten werden sie noch von den freien Gewerkschaften unterstützt, die behaupten, es sei keine von Gott gewollte Einrichtung, wenn Tau sende im Rebeckfluß schwelgen, die weil Millionen nicht wissen, wo sie ihr Haupt niederlegen sollen. Nicht will es der Gott, zu dem Christen, Juden und Muselmänner mit Andrunst beten, daß unter solchen Umständen, wie sie die „Königsberger Volkszeitung“ aus dem östpreussischen Glendgebiet schildert, Proletarierkinder zur Welt kommen? In Königsberg, im linken Flügel der Nation „Kavallerie 3“ schickte eine unglückliche Mutter vor der Geburt zweimal zur Sehamme, doch mußte sie erst Geld einschicken, ehe die Frau sich zur Hilfe bequeme. Hätte die arme Frau kein Geld gehabt, so wäre das Proletarierkind wie ein Hund zur Welt gekommen! Durch den Raum, in dem die Gebärende lag, zog durch zertrümmerte Fensterscheiben der Wind, während die andere Seite notdürftig mit Lumpen verstopft war. Um nicht zu frieren, mußte die Wöchnerin in Kleidern liegen; jede Kocheneinrichtung fehlte. Meinungsverschiedenheiten für Mutter und Kind waren nicht vorhanden! So kamen in Königsberg Proletarierkinder zur Welt. Wenn das arme Kind lacht, dann trägt die Haushaltsmeb heit die Verantwortung. Im Gefängnis auf dem Oberaberg hat man vor den Jellensfenstern nicht einmal die Rechtskanten fortgenommen. Den Leuten sagte man, sie sollten damit zufrieden sein! Die Räume wären eigentlich nicht zum Wohnen, sondern nur zur Aufbewahrung von Sachen da. Es fehlt auch hier jede Kocheneinrichtung — die kleinen Kinder müssen auf dem Fußboden schlafen! Auch hier wird in nächster Zeit ein Kind ehrenhafter Eltern im finsternen Kerkerloch zur Welt kommen! Ebenso wird im Dohnauern in Marge eine Frau in Gegenwart zahlreicher Kinder und Erwachsener gebären! Was haben diese Unglücklichen verbrochen, daß sie so ge peinigt werden!?

Leben wir in einem Kulturort?

In derselben Zeit wurde in K l u a. M. in An wesenheit des Kaisers ein Denkmal enthüllt, bei dem Geld keine Rolle spielte. Es wurden im Stimmkreis des Bürgermeisters für den Kaiser und dessen Frau eigens zwei Marmoraltäre eingebaut, die sofort wieder entfernt wurden. Die Doppelstatue soll nicht weniger als vierzigtausend Mark gekostet haben. Wir haben nicht nachgeforscht, ob die Majestäten überhaupt gerathen, die Einrichtung zu benutzen. Denn für das Krönungsfest auf dem Bürgerplatz blieb zwischen der Rundfahrt durch die Stadt und der gegen 9 1/2 Uhr beginnenden Fahrt auf dem Rhein nicht viel mehr als eine Stunde.

In einer späteren Sitzung der Stadtverordneten teilte der Oberbürgermeister der Stadt Köln, Herr Ballat, hocherheut mit, daß die für den Besuch Wilhelms II. am 22. Mai in Köln ausgeworfenen 100 000 M. „nicht ganz“ verbraucht worden seien, dank der Mitwirkung anderer Behörden (Eisenbahn und Postverwaltung) und der Bürgerschaft. In der Tat wird die Summe, die für den nur fünf tündigen Besuch Wilhelms II. in der rheinischen Metropole verausgabt worden ist, nicht allzuweit von einer Viertelmillion wegleichen.

Dieselbe Kölner Stadtverwaltung hatte im letzten Winter den Kranken der Fürsorgeanstalt für Langenfranke wochenlang die Milch entzogen, weil nicht genügend Mittel bewilligt worden waren. —

Was Königin für ihre Kleider bezahlen? Darüber plaudert eine englische, in der Regel über solche Fragen ganz gut unterrichtete Zeitschrift. Die höchste jährliche Schneiderrechnung hat danach die europäische Königin, von der man es am allerwenigsten glaubt, nämlich Königin Wilhelmina von Hol land, die doch gewiß nicht allzuviel „Sant zu machen“ braucht. Ihre jährliche Kleiderrechnung soll mehr

als 80 000 M. betragen. Die Frau hat allerdings noch mehr Geld für ihre Schneiderrechnungen zur Verfügung, jedoch ist die genaue Summe nicht zu ermitteln. Die Frau trägt ihre kostbaren Toiletten anscheinend nicht allzu gern, denn wenn sie auch bei allen Hofgesellschaften und ähnlichen Anlässen damit erscheinen muß, so trägt sie doch sonst, wo es nur immer angeht, ein ganz einfaches, dunkles Gewand.

Jedenfalls weniger braucht die italienische Königin, die jährlich mit etwa 60 000 M. auskommt. Sie hat eine besondere Vorliebe für feine Spitzen und Stickereien, wie überhaupt für Pelz. Hebrigens weiß sie selbst trefflich mit der Nadel umzugehen, eine Fertigkeit, die sie als Prinzessin von Monte negro erworben und geübt hat. Die Herrscherinnen der übrigen europäischen Hofstaaten haben an nähernd gleich hohe Schneiderrechnungen. Für unsere Kaiserin z. B. geht das englische Maß 10 000 bis 15 000 M. im Jahr an. Die Bezugsquellen der deutschen Kaiserin sind deutsche, österreichische und englische Firmen, die in der Hauptstadt der ge nannten Länder ansässig sind, während die Kaiserin nichts aus Paris bezieht. Ueber die Höhe der Schneiderrechnungen der Königin Mary von England kann die englische Quelle nur vorläufige Mitteilungen machen, weil die Ausgaben einer Königin, die noch nicht allzulange auf dem Thron sitzt, noch nicht auf das Durchschnittsmaß zurückzuführen sind. Für das vergangene Jahr hat die Königin Mary etwa 40 000 Mark für Schneiderrechnungen bezahlt, und die Königin Alexandra brauchte etwa ebensoviel im Jahr. Während Königin Mary die meisten Bestandteile ihrer Kleidung in England kauft und nur sehr wenig von Paris kommen läßt, bezog die Königin Alexandra früher alljährlich aus Paris wenigstens 8 oder 10 Güte. Die meisten übrigen Kleidungsstücke kauft jedoch auch sie (und kauft sie noch) bei englischen Firmen.

Am Gegenlag hierzu brachte der „Vorwärts“ folgenden Gerichtsbericht:

„Am den Hunger ihrer Kinder zu stillen, hat die Frau Gulda Plumenthal eine Straftat begangen, welche sie gestern vor die dritte Ferienkammer des Landgerichts III führte. Die in Lichtenberg wohnhafte Frau ist schon viel von Schicksalsschlägen verfolgt worden. Trotzdem hat sie es bisher stets verstanden, sich und ihre drei unmündigen Kinder durch ihrer Hände Arbeit über Wasser zu halten. Als dann aber noch Krankheit in die Familie einzog, verlor sie die Kraft der bedauernswerten Frau. Sie verlor ihre Arbeit und mußte schließlich nicht mehr, wo sie das zum Lebensunterhalt notwendige be nehmen sollte. Als eines Tages kein Stück Brot mehr im Hause war, raffte sie sich zu einem ver zweifeltigen Entschluß auf. Sie füllte einen Zettel mit dem Namen einer im Hause wohnhaften Frau Koch und besetzte darauf für dreißig Pfennig Semmel. Mit diesem Zettel schickte sie ihre Tochter zu einem in der Nähe wohnhaften Bäckermeister, der dem Munde auch die Nachweise ansahändige. Diese Tat kam einige Tage später zur Entdeckung, als der Bäckermeister die Bezahlung der Kaufma re von der Frau Koch verlangte. Weder von dem Bäckermeister, noch von der Frau K. wurde Anzeige erstattet, nachdem sie Kenntnis von den traurigen Verhältnissen erhalten hatten. Die Anzeige rührt vielmehr von einer Nachbarin der Angeklagten her. Die Folge dieser Anzeige war die jetzige Anklage wegen schwerer Unterschlagung. Staatsanwalts wasser Gallenlamp beantragte die niedrigste gefeh llich zulässige Strafe von einer Woche Gefängnis, auf welche das Gericht auch erkannte.“

Hügerliche Mütter besillen sich, ihren Lesern folgendes Reim in Vers zu unterbreiten, welches alljährlich der A o d e n e r Deutschesemweihung den Gärten als kleine Magenstärkung vorgeführt wurde:

Beluga-Malossoi
Aupierberg Gold
Krautbrühe
1906er Erdener Herrenberg, Wochstum J. Schmal
1907er Hallgartner Hendlberg, Gress. Engelmann
1905er Le Hameau du Pape
Sezunge auf normannische Art
1906er Brauneberger Auslese, Wochstum Freiherr
v. Schorlemer
Lammrücken mit Trüffel
1904er Kiersteiner Pfälzchenhalle Riesling Auslese
Krammelsbögelbrühe mit frischer Gänseleber
1899er Chateau Haut Veion Grand Vin
Artichodenboden mit Sauerampfer
Geidjied. La Grande Marque de l'Empereur. Rose
Ananaspfeife
Mäsetangen
Früchle
Madener Prinsen
Kolla

Da Arbeiter derlei Sachen kaum dem Namen nach kennen, haben sie selbstverständlich auch kein Bedürfnis dafür. Aber ebenso danken sie für die billigen Kochrezepte, mit denen ihnen die

Reichen meist zu Hilfe kommen. Vesh da ein Geheim rat Mari Deutcher in Kassel, ein Mann mit einem Vermögen von 50 Millionen Mark und einem nach Millionen zählenden Jahres Einkommen, der dazu beigetragen hat, daß den Wohlthätigen und Bedauern wieder etwas Tafelstunde gelehrt werde. Ihm haben wir nach dem „Volksblatt“ in Kassel die Ent wicklung eines Buches zu danken, welches den Titel trägt: „Der gute Halgeber für jeden Tag“ und das von einer Frau Julie Predinghaus verfaßt wurde. Frau Julie hat da ein Werk vollbracht, von dem man nicht recht weiß, ob es seine Entscheidung der Kollage der Arbeiter oder der Verloignis verdankt, daß sich diese Kollage der Arbeiter zu Lohnforderungen verdickten und solchergestalt vielleicht auch das Millionen Einkommen des Herrn Deutcher um etliche zehntausend Mark schmälern konnte. Jedenfalls wird man nicht von der Hand weisen können, daß diese Verloignis vorgelegen haben kann. Denn unsere Ansicht nach hätte Frau Julie zur Verfertigung der Kollage in den Arbeiterkreisen weit mehr beigetragen, die Tafelstunde weit mehr gehoben, wenn sie dem Herrn Geheimrat den guten Rat für jeden Tag gab, daß die Arbeiter das Einkommen zu erhöhen, wenn auch dadurch das Jahres Einkommen um eine Million geschmälert würde. Doch Frau Julie hat es anders entschieden, sie sucht die Tafelstunde mit „blancum Genrich“ zu verjagen. Damit auch unsere Kollegen Gelegenheit bekommen, an dieser Tafelstunde teil zunehmen, geben wir einige Madrezepte bekannt:

Witttagessen für vier Personen.

1 Pfund Fische	25 Pf.	
Zwiebeln	1	
Suppenrin	3	
Kett	5	
Pfeffer	1	
1/2 Pfund Kappelen	10	
2 Pfund Kartoffeln	8	
zusammen		83 Pf.

Schollen 40 Pf.
Salz 1
1 Eßlöffel Mehl 1
Kett 8
4 Pfund Kartoffeln 16
Salz 1
Essig, Del 6
Zwiebel, Pfeffer, Salz 2
zusammen 75 Pf.

Da der 1. Mai für Klassenbewußte Arbeiter ein besonderer Feiertag ist, gibt es natürlich an diesem Tage eine besonders fetle Mahlzeit:

4 Pfund Schellfisch	100 Pf.	
Salz	1	
4 Pfund Kartoffeln	17	
Butter (!!!)	10	
1 Eßlöffel Mehl	1	
Pfeffer, Salz	1	
Senf, Ruder	3	
zusammen		138 Pf.

1 Pfund Nieren 70 Pf.
Kett 8
Salz, Kartoffeln, Zwiebel 1
Essig 1
4 Pfund Kartoffeln 16
Salz 1
zusammen 97 Pf.

Aber es kann noch fetter gelocht werden:

3 Pfund Hammelfleisch	240 Pf.	
Kett	5	
Pfeffer, Salz, Lorbeer	2	
2 Pfund Bohnen (vom Koch)	10	
4 Pfund Kartoffeln	16	
Salz, Pfeffer	1	
Kett	1	
zusammen		305 Pf.

Wer freilich so geschlemmt hat, der muß am nächsten oder übernächsten Tage schon etwas spar samer tochen:

Hammelfleisch	25 Pf.	
Kartoffel	20	
4 Pfund Kartoffeln	16	
Kett	5	
Salz, Pfeffer	1	
Kellen, Schmalz	2	
zusammen		41 Pf.

Leider ist dieser „Halgeber für jeden Tag“ nicht nur ein Halgeber, sondern auch ein Mäfelgeber. Er gibt nämlich auf, das Mäfel zu lösen, wie man sich bei solchen Mahlzeiten rationell nähren und bei Kräf ten erhalten soll; man ist doch nicht nur, um sich zu sättigen, sondern auch, und zwar vornehmlich, um sich zu nähren. Leider müssen ja heute schon viele Arbeiterfamilien sich mit Unterernährung durchschlagen. Ihnen fehlt es nicht an Kochrezepten darüber, wie man eine Mahlzeit billig herichten kann, sondern wie man billig und gut leben kann. Wer dafür kein

Rezept geben kann, ja weisig doch lieber, denn wie man sich billig durchbringen kann, weiß man ja gerade in Arbeiterkreisen am besten. Die Kreisstrafe ist: Wie kann man sich billig nähren, wirklich nähren? Darüber weiß aber auch Frau Julie nichts zu sagen. Und das ist schlimm; denn soll dem Arbeiter wirklich geholfen werden, so muß er entweder billiger einkaufen können oder mehr Lohn haben. Auf diese Weise muß aber wohl die gute Frau nicht helfen.

Gelegentlich des letzten Geburtstages der deutschen Kaiserin wählte eine Berliner Korrespondenz am 21. Oktober 1911 zu melden, daß die Blumen, die der Kaiserin zu ihrem Geburtstag dargebracht wurden, sich durch besondere Schönheit und Monotonie auszeichneten. Ein sehr mannshober Aufsatz von großen Erlebnisweigen, den eine Dame, die bei Hofe verkehrt, überliefert hatte, kostete allein 3000 Mk. Ein weißblauer Mohrtorb mit hellroten Rosen von wundervollem Faß kostete 300 Mk. Der Tisch war auch ein Torb mit 180 goldenen weißen und violetten Kissen, die ebenfalls einen köstlichen Duft ausstrahlten; jede Kiste kostete 3 Mk. Es sind der Kaiserin diesmal für mindestens 50 000 Mk. Blumen überreicht worden.

Am Montag, den 13. November, beging die 84jährige Wuppertalerin Hubertine Menjencel das fette Jubiläum ihrer 75jährigen Zugehörigkeit zu der Firma M. Weyer in Anden. Als Mädchen, das eben aus der Schule entlassen war, trat die Jubilant bei dem Großvater des jetzigen Firmeninhabers ein und hand seitdem drei Generationen hindurch den Geschäftsinhabern zur Seite. Gelegentlich ihres 75jährigen Jubiläums hatte sie die goldene Brosche der Kaiserin erhalten, bei dem jetzigen einjährigen Anlaß überreichte Regierungsrat Dr. v. Sander der Jubilant ein Gebetbuch, das eine von der Kaiserin unterschriebene Widmung enthält.

Man kann die alte Frau sorglos ihre letzte Spanne Lebenszeit verfrachten. Ein Gebetbuch — Vor einiger Zeit brachten die Zeitungen folgende Mitteilung:

„Ein schwerer Unglücksfall hat sich am Güterbahnhof Jüterbog zugetragen. Die in Jüterbog wohnhafte, von ihrem Ehemann verlassen Frau Kruppe war durch Krankheit in bittere Not geraten. Sie beschloß seit einigen Tagen nicht mehr das geringe Quantum Brennmaterial, aber auch kein Geld, sich solches zu kaufen. Die Notlage der Mutter veranlaßte ihre zehnjährige Tochter, auf den Güterbahnhof zu gehen, um dort herabgefallene Kohlen zu sammeln. Hier glaubte sich das Mädchen von einem Bahnbewachter beobachtet und wollte sich hinter einem Güterzuge verstecken. Dabei stolperte die Kleine u. über die Schienen und kam zu Fall. Ehe das Kind erheben konnte, setzte sich der Zug in Bewegung, die Räder eines Wagens gingen dem bedauernswerten Mädchen über die Beine hinweg, die unterhalb der Räder glatt abgetrennt wurden. Die Verunglückte wurde nach dem städtischen Krankenhaus geschafft, wo sie in hoffnungslosem Zustande darniederliegt.“

In seinen Vorklagsbetrachtungen bedauert das Agrarorgan die „Deutsche Tageszeitung“, daß man in Preußen nur 60 Pfund millionäre zähle, wobei das Pfund Sterling entgegenkommenderweise gleich mit 20 Mk. in Rechnung gestellt wird.

Milliardäre haben wir einmüßig noch keinen einzigen. Immerhin läßt die erfreuliche Entwicklung einiger Vermögen die Hoffnung zu, daß sich dieser betäubende Zustand demalsten bessern wird. An der Spitze aller heimischen Geldmächtigen stehen die 187 Millionen der Frau Bertha Krupp von Bohlen und Halbach, der ein Jahreseinkommen von 17 Millionen Mark zufließt. Fürst Sendeck von Donnermarkt verfügt über 177 Millionen Vermögen und 12 Millionen jährlichen Gewinn. Während er Anno 1895 noch mit 71 und 2,7 Millionen ankommen mußte, hielt Krupp damals schon bei 119 und 7,1 Millionen. Man sieht, der überschleifische Magnat dringt mächtig vor. Die Konjunktur für Kohle ist andauernd glänzend, und das Haus Krupp bedarf einiger besonders guter Jahre, wenn es seinen früheren Vorprung wieder erreichen will. Als dritter in der Reihe folgt Christian Kraft Fürst zu Scharnhorst-Dehringen mit 151 1/2 Millionen, dessen Reiz im Jahre 1855 noch 45 Millionen, 1902 auch erst 59 Millionen betrug. Die Entwicklung dieses Vermögens ist auch schlechthin amerikanisch zu nennen. Da die letzte Ziffer aus dem Jahre 1908 stammt, wurden 92 Millionen Reiz binnen sechs Jahren angehäuft!

„Genüß“, so schreibt der „Vorwärts“ hierzu, „unserer Junker waren süßliche Weltkinder, die bisher zum Kriege besten und das Volk in der schändlichsten Weise ausbeuteten. Aber das wird ja nun ein Ende haben. Denn mit beiderem Spotte und zornigerem Hohne konnte ja das Jüdische der Millionäre nicht gebrandmarkt werden, als durch diese letzte Notiz des Agrarierorgans. Und sicherlich ist uns

das Verteilerorgan zu Dank verpflichtet, wenn wir seine Ausführungen über das Jüdische der Millionäre noch ein wenig ergänzen. Wir wollen also sein, daß es in Preußen im Jahre 1908 an physischen Reizen gab

9 mit über	100 Millionen Mark Vermögen
21	durchschnittl. 40
47	20

in Summa 82 mit durchschnittl. mehr als 20 Mk. Wert Vermögen

22 preussische Millionäre besitzen also ein Durchschnittsvermögen von rund 37 Millionen Mark pro Kopf. Man sieht also, welche Umengen von „Reiz“ diese Millionäre auf Kosten der „Armen und Enterbten“ angehäuft hatten in dem Jermobne, auf diesem Wege zum Reichen zu gelangen.

Und weiter wollen wir noch hinzufügen, daß ja in dem Zeitraum von 1895 bis 1908 701 Millionäre auf dem Lande, also Großgrundbesitzer, ihr Vermögen um nicht weniger als 22 1/2 Millionen vermehrt haben, pro Kopf also um mehr als 3 Millionen!

Diese schändliche Ausbeutungswirtschaft der ehrlich arbeitenden, aber leider darum bisher armen und enterbten Schichten wird ja nun aufhören.

Wir berichten das Bedauern der „Deutschen Tageszeitung“, wenn sie erzählt, wie durch die New Yorker Steuerbücher festgestellt worden ist, daß der Gesamtvermögen der Väter und Mütter in Manhattan Island, die der Familie Astor gehören, auf 600 Millionen angewachsen ist. Der Wert des amerikanischen Reiches in New York beläuft sich nach der Steuererklärung, die ungefähr 60 Proz. des Marktwertes darstellt, auf 107 950 300 Dollar. Von diesem ungeheuren Vermögen beträgt der Anteil von William Waldorf Astor, der in England lebt, die Summe von 50 290 000 Dollar. Colonel John Jacob Astor zahlt Steuern für ein Vermögen von 11 202 800 Dollar, während das Vermögen seines Vaters, des verstorbenen William Astor, auf 16 166 500 Dollar geschätzt ist. Nach den Listen der Steuerkommission umfassen die Vermögenswerte der Astors 700 Grundstücke in allen Teilen von Manhattan Island. In den teuersten Straßen New Yorks, der Fifth Avenue und dem Broadway, gehören den Astors die wertvollsten Grundstücke. Der Wert des Waldorf Astor-Hotels wird allein auf mehr als 14 Millionen Dollar geschätzt. Auch über die ungeheure Schnelligkeit, mit der das Vermögen der Astors gewachsen ist, lassen sich aus den Steuerunterlagen interessante Tatsachen entnehmen. Die Summe von 31 Millionen Dollar, die der Begründer des Vermögens der Astor vor 63 Jahren seinen Erben hinterließ, ist danach um mehr als das Siebenfache angewachsen. Grundstücke, die der erste John Jacob Astor für 20 000 Dollar erwarb, sind jetzt zu dem Fünftel von 8 Millionen Mark emporgeschwollen.

Am Gegenfuß hierzu lehrt uns die amtliche Statistik, daß 84 Proz. der Bevölkerung Preußens nicht das Zehnteile haben. Nach den amtlichen Angaben gab es im Jahre 1909 in Preußen 14 400 000 Personen mit einem eigenen Einkommen. Unter diesen 14 400 000 waren nun nicht weniger als 8 300 000, deren Einkommen noch nicht einmal die Summe von 900 Mk. im Jahre erreichte! Das sind etwa 57 Proz., weit mehr als die Hälfte! 900 Mk. im Jahre bedeutet 75 Mk. im Monat oder ungefähr 17,5 Mk. pro Woche. Doch damit ist nur die Summe angegeben, die ihr Einkommen nicht erreichte. Es blieben noch viele unter diesem schon jämmerlichen Betrage.

Von den 6 Millionen Reichen, die übrig bleiben, gehören zur nächsthöheren Klasse mit Einkommen von 100—1500 Mk. weitere 3 500 000. Das sind von der Gesamttheit ungefähr 27 Proz. deren Einkommen betrug also höchstens 120 Mk. im Monat oder 30 Mk. die Woche. — Wagt jemand zu behaupten, daß man bei den heutigen Preisen der Lebensmittel davon eine Familie richtig ernähren kann? Es gehören aber in diese Klasse auch alle, deren Einkommen weniger, also bis zu 18 Mk. herab die Woche betrug!

100 000 Proletarier sterben in Deutschland jährlich an der Lungenschwindsucht und eine volle Million ist daran erkrankt.

10 000 Frauen sterben bei uns jährlich infolge der Entbindung, 7000 davon an Kindbettfieber, 50 000 Frauen erkranken jährlich an den Folgen von Schwangerschaft und Entbindung. 128 822 Entbindungen erfolgten 1908 in Preußen ohne Hebammen!!! So sieht es mit dem Mutterrecht aus! In den Gefilden der Schwarzen und der Junker steht es am ungeheuerlichsten.

Im Regierungsbezirk Allenstein erfolgten 42,70 von 100, in Posen 27,6, in Bromberg 27,3, in Ratiborwerder 20,7, in Cppeln 18,4, in Danzig 17,3 und in Gumbinnen 15,7 von 100 aller Entbindungen ohne Hebammen!

Die von uns hier wiedergegebenen Beiträge zu den Kulturdokumenten bedürfen keiner besonderen Erläuterung. Sie sollen aufreizen wirken, dann endlich die „göttliche Weltordnung“ durch eine menschliche ersetzt wird, die es jedem Menschen ermöglicht, sich satt zu essen und an allen Kulturforschritten teilzu-

nehmen. Mit Sympathiemitteln und billigen Kochrezepten kann allerdings der arbeitenden Klasse nicht geholfen werden. Die Aufgabe der freien Gewerkschaften ist es, einen gerechten Ausgleich zu schaffen, damit der Überfluß der Reichen eingedämmt, die Not der Armen beseitigt wird.

Welches Interesse hat die Arbeiterschaft an der Organisierung der Heimarbeit.

Der kommende Reichstag wird in aller Eile in letzter Stunde noch ein Gesetz zustande bringen, was über den Kreis der direkt Betroffenen hinaus für die Gesamtarbeiterschaft von Bedeutung ist: das Hausarbeitsgesetz.

Den Anstoß zur Einbringung des Entwurfs gaben der Heimarbeiterkongreß von 1901 mit anschließender Ausstellung von Heimarbeitserzeugnissen und die Heimarbeitersammlung von 1906. Das Interesse, das gerade dieser Ausstellung von höchster Stelle aus entgegengebracht wurde — bekanntlich besuchte die deutsche Kaiserin die Ausstellung und gab dadurch Veranlassung, daß von da ab die Zahl der Feinde aus den Reihen der besitzenden Klasse sich auffallend mehrte — ließ in den Augen vieler eine baldige Vervollständigung der Gesetzgebung zugunsten der Heimarbeit erwarten. Diese Erwartungen, die übrigens von der Arbeiterschaft nicht geteilt wurden, haben sich nicht erfüllt. Es blieb beim alten. Gegen Ende des Jahres 1907 ist allerdings der Entwurf eines Hausarbeitsgesetzes dem Reichstage zugegangen, das jetzt endlich, nach nahezu 4 Jahren, in aller Eile verabschiedet werden soll. Die Regierung und die Mehrheitsparteien im Reichstage werden voransichtlich hierzu ihr möglichstes tun. Sie erhoffen von der Verabschiedung eines sozialpolitischen Gesetzes, das für die Vermittler der Armen, die Heimarbeiter und -arbeiterinnen, bestimmt ist, eine günstige Einwirkung auf den Ausfall der Reichstagswahlen.

Nach all dem, was bisher über die Absichten der Regierung und der Mehrheitsparteien in bezug auf das Hausarbeitsgesetz laut geworden ist, wird dies dem Heimarbeitern und -arbeiterinnen nicht das bringen, was sie dringend brauchen: gezielte Regelung der Mindestlöhne. Der Antrag, Lohnänderungen einzuführen, die diese Aufgabe erfüllen sollten, wurde in der Kommission und bisher auch im Plenum des Reichstages abgelehnt. Neuerdings ist die Rede davon, daß die Regierung beabsichtigt, dem Bundesrat das Recht zu geben, „Nachauschüsse“ einzusetzen, die aber die geforderte gezielte Lohnregelung nicht herbeiführen können, vielmehr nur beratende und anregende Körperlichkeiten darstellen, die unter anderem auch den Abschluß von Tarifverträgen fördern sollen.

Reiz nicht — es ist dies auch auf dem im Januar d. J. von Vertretern der verschiedensten Richtungen vermittelten Heimarbeitertag zum Ausdruck gebracht worden — daß das Hausarbeitsgesetz ohne die geforderten Lohnänderungen auf die Verhältnisse der Heimarbeiterschaft durchwegs nicht fördernd, wohl aber schädigend einwirken könne. Die geplanten Nachauschüsse bieten für die geforderten Lohnänderungen keinen Erfolg.

Bei dem traurigen Organisationsverhältnis der Heimarbeiterschaft würden selbst Lohnänderungen nicht allein imstande sein, die traurigen Arbeitsbedingungen aus der Welt zu schaffen. Dies zeigen uns die Vorgänge in England. Dort bestehen seit 1908 Lohnänderungen. Nach dem letzten internationalen Bericht über die Gewerkschaftsbewegung haben vielfach aber die Heimarbeiter zum Streik greifen müssen, um den von den Lohnändern festgesetzten Bedingungen Anerkennung zu verschaffen. Dies zeigt natürlich das Vorhandensein einer starken Organisation der Heimarbeiterschaft voraus, an der es leider noch immer in Deutschland mangelt. Dies ist bekannt. Bekannt sind auch die Schwierigkeiten, die der Gewinnung von Heimarbeitern — meist Frauen und Töchter der Arbeiterklasse — entgegenstehen. Bekannt sind aber auch die Folgen, die sich hieraus ergeben.

Wiederholt haben sich deshalb die Gewerkschaftskongresse mit dieser Frage beschäftigt und den organisierten Arbeitern zur Pflicht gemacht, nach Möglichkeit darauf zu sorgen, daß ihre Familienangehörigen, die Heimarbeit verrichten, sich den zuständigen Organisationen anschließen. Dies ist auf dem Kölner, dem Hamburger und dem Dresdener Gewerkschaftskongreß geschehen. Ein Abfaß der auf diesem Kongreß in der Frage der Heimarbeit angenommenen Resolution lautet:

„Der organisierten Arbeiterschaft macht es der Kongreß zur Pflicht, die Bestrebungen zur Organisierung der Heimarbeit durch Kräfte zu unterstützen, vor allem dafür zu sorgen, daß ihre gewerkschaftlich tätigen weiblichen Familienangehörigen sich ihrer Berufsorganisation anschließen.“

Was die mangelhafte Organisation der Heimarbeiterschaft und -arbeiterinnen für Wirkungen zeitigt,

Ist erst in letzter Zeit bei der vom Verband der Schneider geführten Bewegung in der Wäschebranche bemerkt worden. Sie wäre nunmehr verlaufen, wenn die Arbeiterorganisation sich auf eine größere Anzahl organisierter Arbeiterinnen hätte stützen können.

Dass unter den elenden Verhältnissen in der Heimarbeit die gesamte Arbeiterschaft leidet, ist selbstverständlich. Höhere Stücklöhne — für Heimarbeit kommt meist Akkordarbeit in Frage — würde den Frauen der Arbeiterklasse, die einen großen Prozentsatz der Heimarbeiterinnen stellen, ermöglichen, sich mehr der Beforgung des Haushaltes, der Pflege und der Erziehung der Kinder zu widmen. Es braucht wohl nicht erst besonders auseinander-gesetzt zu werden, welche Vorteile hieraus der Arbeiterfamilie erwachsen würden. Märgere Arbeitszeit wäre auch in Rücksicht auf die Gesundheit der Arbeiterfrau dringend zu wünschen, die sich heute in doppelter Arbeit aufreißt und Körper und Geist ruiniert. Nirgends braucht so lange gearbeitet zu werden, um annehmbare Verdienste zu erzielen, als in der Heimarbeit.

Wie nun in allen anderen Fragen, so würden auch in der Frage der Heimarbeit durchgreifende Reformen erst durch die Heimarbeiter selbst geschaffen werden können. Die Vorbedingung hierfür, der Zusammenschluß der Heimarbeiter und Arbeiterinnen in die gewerkschaftlichen Organisationen, fehlt aber bis jetzt und ist so schwer herbeizuführen. Haupt-sächlich deshalb, weil die in der Heimarbeit Beschäftigten allein arbeiten. Der Zusammenschluß ist aber heute dringender als je. Deshalb richten wir auch an dieser Stelle noch einmal die schon wiederholt ausgesprochene Bitte an alle Arbeiter, in deren Hause Heimarbeit verrichtet wird, die Familienangehörigen über die Normendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation aufzuklären und sie zum Anschluß an die in Frage kommenden Verbände zu veranlassen.

Wie sich die Arbeiterschaft der verschiedensten Berufe durch jahrelange Kämpfe und durch Stärkung der Organisation Anerkennung verschafft und Berücksichtigung der weitesten Forderungen erreicht hat, so wird das auch den in der Heimarbeit beschäftigten Männern und Frauen möglich sein, wenn auch diese erst in starken Organisationen vereinigt, dem vereinigten Unternehmens entgegenzutreten können. Es ist ein trauriges Leben, das die Heimarbeiter führen. Bei gutem Willen ist es der organisierten Arbeiterschaft möglich, es glücklicher und sonniger zu gestalten.

Darf man seine Verbandszugehörigkeit dem fragenden Unternehmer gegenüber verleugnen?

Auf diesen Artikel in Nr. 45, 1911, möchte ich kurz folgendes erwidern. Der Artikelschreiber will allen gerecht werden, indem er ihnen rät, eins zu tun und das andere zu lassen. Doch damit wird gar nichts erreicht! Das Fragen nach der Verbandszugehörigkeit seitens einiger Unternehmer wird nur meist in der Zeit, wenn die Arbeiter mit schlechtem auf Kriegsfuß stehen oder wenn man es mit einem fanatischen Feinde der Arbeiterbewegung zu tun hat, vorkommen.

Sollen wir uns einmal ans praktische Leben. Fragen wir, kann der Arbeiter sich der Wahrheit so leicht entziehen?

1. Der Unternehmer weiß durch Telephon, Zwischenpersonen, Kofenräger ziemlich genau — wenn er will — wer im Verband organisiert ist.
 2. Wenn der den Verband verleugnende Kollege dann seine Pflicht im Betrieb als Mitglied erfüllt, weiß der Unternehmer nicht, mit wem er zu tun hat?
 3. Können in der Stadt bekannte Mitglieder den Verband verleugnen?
 4. Veranlassen wir nicht unsere Mitglieder, möglichst den Arbeitsnachweis zu benutzen. — Ist dann nicht durch den ausgestellten Arbeitschein die Verbandszugehörigkeit ausgeprochen?
 5. Weiß nicht das Unternehmertum unserer Branche, daß die große Mehrheit im Tarifverhältnis steht, also Verbandsmitglieder sind. Ganz einseitig, ob es auch nur Werkstattabkommen wären.
- Zu welchem Wirrwarr und Inkonsequenzen es führt, wenn nicht die richtige Taktik zur gegebenen Zeit, Absperrung der Stadtgrenze, in enge Solidarität beobachtet wird, zeigen folgende Fälle: Als voriges Jahr die Unternehmer auf ihrem Verbandsstandpunkt beharrten, hatte man nichts Besseres zu tun, von höchster Stelle im Gau den Mitgliedern zu empfehlen:
- „Ihr könnt den Verband verleugnen, wenn es aber herauskommt und Ihr werdet entlassen, so bekommt Ihr keine Unterstützung resp. verzichtet darauf!“

Heute gibt man sich wieder die größte Mühe, die Mitglieder zu bestimmen, den Verband nicht zu verleugnen. Ein jetzt bestimmter Fall, wo ein Kollege den Verband verleugnet, hat hauptsächlich dadurch zur Entlassung des Verleugnenden geführt. Nun sollen wir schließlich noch den Fall als Fragestellung ansehen! Selbstredend können Massentaktionen wie Aussperrung der Metallarbeiter eine ganz andere Taktik erfordern. Aberall sehen wir, daß die aufstrebende Mentalität des 20. Jahrhunderts das Koalitionsrecht in erster Linie bedaut, fordert und sich erklämpft und dies auch offen ausspricht. Oder sollen wir doch alles in Resolutionen niederlegen und die Wirklichkeit anders arten lassen.

Sollen wir noch die Frage aufwerfen, ob nicht ebensobiel Kollegen, die den Verband nicht verleugnet haben, eingekerkert worden sind, so können wir das bejahen. Wenn wir unsere Mitglieder zum Handeln veranlassen, dann brauchen wir uns nicht zu wundern, daß gerade in Leipzig persönliche Abrechnung, Faust und Streit nicht aufhören und der Gauesinn schöne Blüten zeitigt.

Nun erlaubt der Artikelschreiber am Anfang jedem das Verleugnen. Am Ende will er Freiheit und Leben nur dem zugute kommen lassen, der kein der Leipziger Schule sich Freiheit und Leben zu erobern weiß. Warum alle jamael Worte, wenn man Feiern sehen kann? Jedoch die mit den Leipziger Verhältnissen vertrauten Kollegen haben sich auf den Artikel die Antwort selbst gegeben, daß letzterer nur ein Produkt eigener Tat ist.

Zweite Sitzung der Schlichtungskommission für das Portefeuillet- und Reifartihelgewerbe zu Offenbach a. M.

Die zweite Sitzung der Schlichtungskommission lagte am Dienstag, den 21. November d. J., im Gebäude der Großherzoglich. Handelskammer. Die Besetzung war die gleiche wie in der ersten Sitzung, mit Ausnahme des Arbeitgebervertreters Herrn Kläber, an dessen Stelle Herr Deme erschienen war. Gegenstand der Verhandlungen bildeten zwei Klagen gegen die Firma Simon Knappes, wovon die erste schon seit dem 25. April d. J. ihrer Erledigung harret.

Der Portefeuillet G. A. forderte auf Grund des § 4 Abs. 2 und 4 des Tarifvertrages für 91 Tugend Tischen die Bezahlung für Stepperei im Gesamtbetrag von 63,70 Mk. Herr Knappes wendete dagegen ein, die Stepperei sei mit dem Arbeitslohn schon bezahlt worden, denn in seinem Betriebe sei die Stepperei immer im Preise eingegriffen. Damit sei der Arbeiter auch durchaus einverstanden gewesen und habe erst dann die Bezahlung für Stepperei verlangt, als er wegen verpünzelter Arbeit nichts mehr erhalten habe. Der Arbeiter behauptete demgegenüber, seine Arbeit sei immer gut gewesen und erst als er wegen schlechter Preise unfähig gewesen, habe er seiner Unzufriedenheit wegen den Ansporn erhalten. Doch die Stepperei im Arbeitslohn mit eingegriffen sei, ist ihm nicht gelang worden. Kom Vorstehenden der Schlichtungskommission wird unter Zustimmung der Vertreter des Arbeitgebers festgestellt, daß nach dessen vorigem Geschäftsausweis ein Tarifbuch vorliege, denn ausdrücklich bestimmt der Vertrag, daß der Betrag für Stepperei sowohl auf dem Arbeitszettel als im Lohnbuch besonders vermerkt sein müsse. In sehr impulsiver Weise versuchte sich Herr Knappes mit Hilfe seines Vertreters herauszureden, muß sich aber schließlich doch eines besseren belehren lassen. Nach kurzer Debatte über die Höhe der Forderung wird ein Vergleich vorgeschlagen, nach dem die Firma an den Kläger pro Tugend der angefertigten Tischen 50 Pf. für Stepperei im Gesamtbetrag von 45,50 Mk. zahlen soll. Herr Knappes lehnte einen Vergleich ab und wies ein Urteil. Nach kurzer Beratung der Schlichtungskommission ergab folgendes Urteil: Die Firma hat an den Kläger für Stepperei den Betrag von 45,50 Mk. nachzugahlen und wird verpflichtet, in Zukunft die Stepperei besonders zu bezahlen und auf dem Arbeitszettel zu vermerken, wie überhaupt den Tarifvertrag in jeder Hinsicht einzuhalten.

Die zweite Klage gegen dieselbe Firma ist von der Organisation wegen Verstoß gegen § 1 Abs. 3 des Tarifvertrages eingereicht. Es handelt sich um die Bezahlung zweier vom Arbeitgeber angeordneter jüdischer Feiertage. Leider wurde von den in Betracht kommenden Arbeitern eine Meldung des Tarifverstoßes an die Organisation nicht erteilt, obwohl es sich um organisierte Kollegen handelt. Erst am Umwegen erhielt die Verbandsleitung Kenntnis von dieser tarifwidrigen Handlung. Das ist um so bedauerlicher, als Herr Knappes sogar behaupten konnte, die Arbeiter seien mit dem Feiertag ohne Bezahlung durchaus einverstanden gewesen und hätten denselben freiwillig durch Überstunden eingeholt.

Von den Organisationsvertretern wird dagegen geltend gemacht, daß diese Verantwortlichkeit der Arbeiter wohl auf einen gewissen Grad des Arbeitertums zurückzuführen sei, den dieser unter Benutzung der gegenwärtigen kleinen Koalitions nicht ausüben konnte. Herr Knappes behauptete das entschieden und verweigerte sich schließlich der Behauptung, daß bei ihm vorerst keine Kenntnis zum Feiern bestand, aber gerade die Arbeiter den Feiertag nachdrücklich verlangt und demzufolge eigentlich doch selber angeordnet hätten. Damit fand man vorläufige Einigkeit der Kommittee keinen Glauben bei der Schlichtungskommission und ein Arbeitgebervertreter faßte sich veranlaßt, deren Knappes zu fragen, wie denn in seinem Betriebe eigentlich angeordnet habe, der Feiertag über die Arbeiter? Außerdem ist nicht anzunehmen, daß die Arbeiter aus freien Stücken zwei jüdische Feiertage ohne Bezahlung feiern wollen. Nach längerer Debatte über die Feiertagszahlung beantragt sich Herr Knappes hier zu einem vom Vorsitzenden der Schlichtungskommission vorgeschlagenen Vergleich auf Zahlung von 25 Mk. Da die Arbeiter den Tarifverstoß jedoch nicht gemeldet, Änderungen also nicht erhoben haben, so steht diese Vertragsstrafe durch Beschluß der Schlichtungskommission zu gleichen Teilen in die Tasche des Arbeitnehmers wie Arbeitgeberverbänden.

Beide Klagen enthalten eine demgegenüber Lehre für unsere Kollegen. Nehme niemand unter Bedingungen Arbeit an, die dem Tarifvertrage nicht entsprechen, und erhalte sofort Meldung im Verbandsorgan, wenn man von Vertragsstücken fern wolle. Den Unternehmern solche angeboten werden. Wehe aber auch niemand besondere Bedingungen und Abmachungen mit seinem Arbeitgeber ein, die dem Vertrage zuwiderlaufen. Wohl sind nach dem Vertrage auch solche Vereinbarungen unzulässig, aber es ist doch sehr bedauerlich und für die in Betracht kommenden Kollegen beschämend, wenn die Organisation gewissermaßen gegen den Willen der Beteiligten Klagen anbringen muß. Nicht nur der Arbeitgeber, auch die Arbeiter sollen über die Einhaltung des Tarifvertrages wachen und nicht aus Furcht vor Nachsichtungen Bedingungen eingehen, die so weit hinter dem zurückstehen, was die Kollegen bei der Lohnbewegung als je dringend vertrieben haben.

Streiks und Lohnbewegungen.

Mährlein o. d. Ruhr. Einen schönen Erfolg haben die Kollegen der Firma Joh. Becker, Treibriemenfabrik, durch eine Lohnbewegung erzielt. Die durchschnittliche Lohnerhöhung beträgt 9 Proz. Samstag ist eine Stunde früher Arbeitsbeginn. Auf Überstunden wird ein Zuschlag gewährt. Auch das Montagewesen ist geregelt worden.

Deroben wollen wir hierbei, daß der Arbeitgeber der Firma den Forderungen der Kollegen mehr Verständnis entgegenbrachte, als bisher mancher Arbeitgeber in der Treibriemenbranche es getan hat.

Italien. Die Arbeiter der Marofierfabriken zu Turin haben den Arbeitgebern ihre Forderungen betreff. Erhöhung der achtstündigen Arbeitszeit unterbreitet. Einige Firmen hatten versücht, den Wünschen der Arbeiter nachzukommen, als die Lyque Industrielle, die Organisation der Arbeitgebern, desigentlichentrat und die Arbeiter zum Streik trieb, sozusagen aussperrte. Im Laufe des Streiks haben die Arbeiter der Marofierfabriken ihre Forderungen dahingehend modifiziert, indem sie nun den neunstündigen anstatt den achtstündigen Arbeitstag verlangten, weil sie hoffen, auf diese Weise leichter eine Verkürzung der Arbeitszeit zu erlangen, nach welcher sie hinstreben. Nach einem vierwöchigen Kampfe war es ihnen nun gelungen, einen halben Sieg davonzutragen, d. h. den 9 1/2stündigen Arbeitstag zu erringen. Das Journal „Il Grido del Popolo“, welches dieses uns mitteilt, schließt am Ende mit einem Appell zur weiteren Organisation der Arbeiter, was um so notwendiger ist, da die Arbeiter der Marofierfabriken Italiens nur zum Teil organisiert sind.

Aus unserem Beruf.

Die Lederwaren- und Reifartihelindustrie (Portefeuilletindustrie) in Offenbach a. M. war nach den Berichten der heftigen Arbeitsnachweise im Oktober auf beschäftigt und hatte gegenüber dem Vormonat eine Besserung zu verzeichnen. Laut Tarifvertrag trat am 1. Oktober teilweise eine Lohn-erhöhung von 5 Proz. ein. Die Zahl der Arbeit-suchenden übersteigt aber immer noch die der offenen Stellen um ein bedeutendes. Borns a. Rh. und Wiesbaden melden ein Zurückgehen der Arbeits-gelegenheit für Sattler und Tapezierer. In Wiesbaden stellen nur einige größere Möbelgeschäfte Polsterer ein, während die Kleinhändlermeister ver-lürzt arbeiten liegen und die Kleber wenig Aufträge, infolge der minimalen Rentabilität, hatten.

Wochun. Die Anzahl vor der Organisation scheint es zu sein, die der Firma Wieg, Wogen- und Automobilbau in Wochun, zu den schätzbaren Mitteln greifen läßt.

Die Firma, die für sich das Recht, sich einer Organisation anzuschließen, in Anspruch nimmt, verbietet ihren Arbeitern, sich irgendeiner Organisation anzuschließen, oder verlangt, daß die Arbeiter aus der Organisation austreten.

Dies ist bei der Firma soweit kommen konnte, daran tragen diejenigen Kollegen die größte Schuld, die da glauben, bei der Firma ihr „weniges Brot“ zu haben und eine gewerkschaftliche Organisation für überflüssig halten.

Wenn wir uns vor Augen führen, welche erfreulichen Fortschritte wir in bezug auf die Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Wagenbranche gemacht haben, so haben wir bei der Firma Wieg die entgegengesetzte Entwicklung. Trotz der günstigen Konjunktur in der Wagenbranche fürchten sich die „Herren“ Wagenfabrik der Firma vor dem Zubehör oder Betriebsleiter wie die kleinen Kinder vor dem Weihnachtsmann. Wenn es aber gilt, bei der Firma anzukommen, daß ein Kollege einer Organisation angehört, dann ist man schnell bei der Hand.

Auf diese Weise kam auch die Firma dahinter, daß unsere Organisation im Betriebe vertreten ist. Natürlich wurde verlangt, daß der Kollege aus dem Verbands auszuscheiden habe. Gnädig gewährte man ihm noch eine Lebenszeit.

Wenn nun die Sattler dieses Betriebes einzeln wären, wenn nicht jeder bei der Firma „Lebkind“ sein möchte, wäre es ein Leichtes, die Zumutungen der Firma zurückzuweisen. Manneswürde und Charakter sucht man aber hier umsonst. So wird sich nun unser Kollege zeigen müssen. Verloren hätte er nichts, wenn er dieses Eldorado verlassen würde. Besonders Verhältnisse sind es jedoch, die ihn am Orte fesseln.

Wir glauben, daß die Sattler der Firma Wieg auch einmal noch zur Vernunft kommen werden. Die Firma mag sich jetzt kein lassen, Druck erzeugt Gegenbrand. Ein funktionierender Wagen und angestrengte Arbeitsweise haben auch die treuesten Schädlinge schon rebellisch gemacht. Dann wird man schließlich auch den Wert der Organisation erkennen. Dann werden wir uns aber der Kollegen ebenfalls erinnern. Unsere Kollegen mögen daraus erfahren, wie es im Betriebe der Firma Wieg aussieht und ihre Maßnahmen danach treffen.

Aus Industrie und Handel.

Die Lederwaren sollen teurer werden. Die Orts- und Branchengruppen des Verbandes deutscher Lederwarenfabrikanten haben den Beschluß gefaßt, der Mundstich mitzuteilen, daß für sämtliche bis zum 1. Oktober 1911 eingeführte Artikel ein Preisaufschlag eintreten muß, welcher vom 1. Januar 1912 in Kraft treten soll. Der Einheitsfuß für Lederwaren wird die betreffenden Mitteilungskartulare von der Fabrikantenorganisation verlegt und in gewünschter Anzahl an die Mitglieder abgegeben, welche sie dann versenden. Die Mundstich rechnete schon seit mit dem Preisaufschlag, aber gab es nicht, denn sie ihn nicht brauchen, denn eine ganze Anzahl Kaufleute haben ihre Antikampanie wieder reaktiviert, indem sie bei der letzten Offerte, die sie persönlich ausfuhren, erklärten, sie können auch weiterhin die alten Nummern zu allen Preisen liefern, weil sie ihr großes Lederlager aufarbeiten wollen, oder weil das Geschäft schlecht geht, sie sich deshalb mit geringem Nutzen begnügen oder weil sie mit ihren Arbeitern langfristige Abschlüsse zu niedrigen Löhnen gemacht haben. Schreiber dieses war des öfteren Ohrengewege solcher Konkurrenzmanöver und hat persönlich handschriftliche Briefe ähnlichen Inhalts, von Fabrikantenvereinsmitgliedern verfaßt, gelesen. Werkwürdigerweise sind die Konkurrenzunternehmen mit den Tarifberechnern identisch. — Wenn es uns Arbeiter kühl bis ans Herz läßt, wie die organisierten Unternehmer sich gegenseitig kot konkurrenzieren, so haben wir an der Bekanntgabe dieses verwerflichen Treibens insofern ein Interesse, indem wir bei Verteilung berechtigter Forderungen der Arbeiter die Einwände, die Konkurrenz läßt eine Lohnerhöhung auf die Artikel nicht zu, mit dem Hinweis auf oben gekennzeichnete Manipulationen als nicht haltbar erklären. Die Vereinigung deutscher Lederwarenfabrikanten sollte es sich mehr als bisher angelegen sein lassen, mit aller Schärfe gegen die Konkurrenz in den eigenen Reihen vorzugehen. In den frei organisierten Arbeitern würde sie einen Bundesgenossen finden, weil Konkurrenz und Lohnbrüder identisch ist.

Militärlieferung nach Italien. Für das 8. Feldartillerieregiment in Verona ist Baum- und Sattelzeug im Wert von 49.302,75 Lire (3 Vofel) zu liefern. Submissionstermin 5. Dezember 1911, 9 Uhr vor-

mittags. Sicherheitsleistung 4000 Lire. Näheres in italienischer Sprache beim „Reichsanzeiger“.

Dürfen in Damenkonfektionsgeschäften Damenhandtäschchen geführt werden, ohne zur Warenhaussteuer herangezogen zu werden? Zu dieser Frage hat die Reichsfeld Handelskammer folgendes Gutachten abgegeben:

„Es ist als zutreffend zu erachten, daß nach Derrkommen und Gebrauch in vielen Geschäften für Damenbekleidung keine Lederhandtäschchen geführt werden, namentlich seitdem nach der Mode der letzten Jahre die Damenkleider nicht wie früher mit Taschen versehen werden. Die Täschchen bilden daher ein unmittelbares Zubehör zu der Damenbekleidung und werden gewöhnlich in der gleichen oder passenden Farbe zu der Garderobe gewählt. Der Minister für Handel und Gewerbe hat durch ein unterm 28. Juli 1908 an die Handelskammer zu Berlin gerichtetes Schreiben mitgeteilt, daß er in Erweiterung seiner Entscheidung vom 19. November 1907 anerkenne, daß die zu Gruppe D des § 8 des Gesetzes betreffend die Warenhaussteuer vom 18. Juli 1900 gehörenden Handtaschen aus Leder, sofern sie ein unmittelbares Zubehör zur Damenkleidung bilden, als Bekleidungsgegenstände auch der Gruppe B zugerechnet werden und demgemäß mit Waren der Damenbekleidungsbranche freigegeben werden dürfen.“

Vom Lederhandel. Auf dem Sattlerledermarkt in das Geschäft ein reguläres. Hier wird der vor kommende Bedarf schnell gedeckt, er erreicht aber keine größeren Ziffern. Es gilt dies sowohl von Geschirrlidern aller Art, als auch von Wagenbauern und sonstigen Sattlerledern.

In Freibrümen-Gruppen, Mann-, Kettlar- und sonstigen technischen Ledern ist das Geschäft im allgemeinen ziemlich befriedigend.

Das Portefeullerleidergeschäft ist befriedigend.

Korrespondenzen.

Offen. (E. 23. 11.) Samstag, den 11. November, fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt, in welcher Genosse Eilamp über die Presse referierte. Er zeigte uns die allmähliche Entwicklung und Bedeutung der Presse im heutigen modernen Leben. Nach einem Aussprache Kaiser Wilhelm 11. ist die Presse heute die 7. Großmacht in Europa. Deshalb ist es kein Wunder, wenn man die Presse von reaktionärer, sowie von kapitalistischer Seite durch alle Mittel, hauptsächlich aber durch Geld zu beeinflussen sucht. So gibt es Mediatoren, selbstverständlich nur der bürgerlichen Zeitungen, die das widerwärtigste Zeug zusammenbringen müssen, da sie ihre Gesinnung verkauft haben und nur nach der Seite der Geldproben laugen müssen. Schon Visard hat durch seinen Mephistifonds die Presse, hauptsächlich aber die preussischen Kreisblätter, durch Schwärzung von Geldmitteln gedringt und den christlichen reaktionären Geist so in die Bevölkerung geschmuggelt. Heute sind es hauptsächlich die „Kost“ und die „Reinisch Westfälische Zeitung“, die nur von ein paar Gruben- oder Waidwaffenmagnaten ausgehollt werden und infolge ihrer Willigkeit und der Urteilslosigkeit so vieler Leser eine Verbreitung finden, die genaug dem Inhalt ihnen zuehrt. Welche Macht diese Mäppter trotzdem heitern, ergibt man daran, daß bei den politischen Wahlen in diesem Sommer diese Mäppter sich die tollsten Majestratsabteilungen leisten konnten, ohne vom Staatsanwalt belangt worden zu sein. Des weiteren zeigt uns der Referent die Bedeutung der Presse für die Arbeiterschaft. Es gibt keine bürgerliche Zeitung, die auch nur das geringste Interesse für die Arbeiter bezeugt, außer, wenn sie Stimmzettel für die Wahlen braucht. Deshalb muß jeder gewerkschaftlich organisierte Arbeiter auch die Arbeiterpresse abonnieren und fleißig lesen, weil sie nur allein seine Interessen wahrnimmt. Unter lebhaftem Beifall schloß der Referent seine Ausführungen, die die Kollegen mit großem Interesse mit angehört hatten. Im Interesse der Gewerkschaft liegt es, wenn die Versammlungen durch gebiegene Vorträge inhaltreich gemacht werden; daß Genosse Eilamp in diesem Sinne wirkt, verdient unseren besten Dank. Im zweiten Punkt wurde die Abrechnung von unserem Herbstvereinigungen gegeben, das großzügig verlaufen ist. Die Kollegen dankten der Freikommission für die großzügige Arrangierung desselben. Es ergibt sich ein Ueberschuß von 71 Mk. Auf Anträge aus der Versammlung werden den ausgesperrten Tabakarbeitern 20 Mk. und dem Jugendausschuß 5 Mk. überwiehen. Eine Sammlung für die ausgesperrten Tabakarbeiter ergab außerdem noch unter den 25 anwesenden Kollegen 8,15 Mk. Regällig des Schreibens des Gauleiters Kollegen Schneider betreffend Aufhebung der Gauskonferenzen und Einführung von Branchenkongferenzen, wick der Antrag angenommen, die Gauskonferenz noch einmal stattfinden zu lassen und dann zur Branchenkongferenz überzugehen.

Braunschweig. (E. 25. 11.) In unserer am 21. November d. J. stattgefundenen Mitgliederversammlung gab unser Delegierter den Bericht der letzten Kartellkongferenz, welche sich hauptsächlich mit Erhebung von Extrabeiträgen für die ausgesperrten Tabakarbeiter beschäftigte. Bei größeren Streiks und Ausperrungen sollen Sammelkassen nicht mehr in Anwendung kommen, dafür von den Gewerkschaften Extrabeiträge erhoben werden. Unsere Aufgabe in der Versammlung war, über die Höhe derselben zu beschließen. Ein Antrag des Vorstandes, pro Mitglied und Woche 20 Pf. zu erheben, wurde angenommen.

Kalle a. S. (E. 27. 11.) Am 18. November tagte unsere letzte gut besuchte Mitgliederversammlung. In einem eingehenden Referat des Genossen Könen wurden die Anwesenheitsparagrafen zum Strafgesetzbuch gegen die kämpfende Arbeiterschaft beleuchtet, welche im neuen Reichstages zur Beratung kommen. Auch über die gegenwärtige Teuerung führte der Redner noch aus, daß sie infolge der Zölle entstanden ist und auch ohne die schlechte Ernte eingetreten wäre. Diese Erkenntnis muß jedem Gewerkschaftler Veranlassung geben, dahin zu wirken, daß die richtigen Volksworte in den Reichstags einzutreten. Am „Verschiedenen“ wurden den Tabakarbeitern 20 Mk. bewilligt. Ein großes Vergütigen am 28. Januar 1912 im „Vollspat“ wurde einstimmig beschlossen. Es wurde beschlossen, eine Branchenerammlung der Wagenfabrik in nächster Zeit stattfinden zu lassen.

Trosden. (E. 28. 11.) Für die Tabakarbeiter wurden 18 Mk. 11 Pf. von der Langtour am 18. November an die Generalkommission abgeschickt.

Aus anderen Organisationen.

Der Streik der Berliner Eisenformer und Blechearbeiter hat den Verband der Berliner Metallindustriellen zu dem Beschlusse veranlaßt, ab 30. November 60 Proz. ihrer Arbeiter und Arbeiterinnen auszusperrten. Die Zahl der von diesem Beschlusse Betroffenen wird zwischen 65.000 und 70.000 schwanken. Die in Frage kommenden Arbeiterorganisationen, darunter unser Verband, welcher mit mehr als 200 Mitgliedern beteiligt ist, lehnen dieser Verschärfung des Kampfes mit Ruhe und Sicherheit entgegen. — In der Berliner Damenkonfektion haben über 50.000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Zwischenmeister die Arbeit niedergelegt, weil die Unternehmer jeden Tarifabschluß ablehnten. — Außerordentlich gut besuchte Versammlungen der Bergleute im Ruhrgebiet lassen erkennen, daß die durch die Teuerung hervorgerufene Anzuehrendheit eine Lohnbewegung größeren Umfangs in nächste Nähe rückt. Auch die Knappschaftsfrage und die Bergarbeitergewerkschaft sind geeignet, die Ruhrbergleute in Erregung zu bringen. Belanustlich wollen die Bergarbeiter im Allgemeinen Knappschaftsverein in Bochum die Beiträge um einen Pfennig pro Woche ermäßigen, um dann den Witwen und Waisen die reichsgewerkschaftlichen Bezüge aus der Witwen- und Waisenversicherung zur Hälfte auf die Knappschaftlichen Leistungen aufzurechnen. Die Arbeiter aller Richtungen lehnen dies Ansuchen der Bergarbeiter ab. Trotzdem die Arbeitervertreter im Vorstand des Knappschaftsvereins das Ansuchen der Unternehmer einstimmig abgelehnt haben, beharren die Bergarbeiter bei ihrer Ansicht. Es wird deshalb wohl nur diesen Pfennig zum Konflikt kommen. Die Generalversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins, die am 11. Dezember stattfinden wird, ja weiteres ergeben. — Die Ausperrung der Tabakarbeiter Weisfalens wird von den Unternehmern mit aller Schärfe fortgeführt. — Der Kampf im Steindruckgewerbe dauert ungeschwächt fort. Bisher 4500 Lithographen und Steindrucker und 1800 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen sind ausgesperrt. Streikbrecher haben die Unternehmer nur vereinzelt angeworben vermocht. Eine Anzahl Unternehmer haben sich bereits mit den Gehilfen geeinigt, so daß die Zahl der Kämpfer ein wenig abgenommen hat.

Soziales.

Reichsbeihilfe zum Kleinwohnungsbau. In der Generalversammlung des Rheinischen Vereins für Kleinwohnungswesen in Düsseldorf erklärte der anwesende Vertreter des Reichsamtes des Innern, daß im Reichstet für 1912 eine Erhöhung des Betrages zur Förderung des Baues kleiner Wohnungen von 2 auf 4 Millionen Mark vorgenommen werden soll.

Der deutsche Arbeitsmarkt stellte sich nach der „Arbeitsmarkt-Korrespondenz“ im Monat Oktober ungünstiger, als erwartet wurde. Bei den an den Arbeitsmarkt berichtenden Nachweisen stellte sich die Zahl der Arbeitssuchenden im Oktober 1910 auf 168.267, im Oktober des laufenden Jahres aber auf 190.062. Das ist ein Mehr von 22.095 Arbeitssuchenden oder von 13,5 Proz.

Ein beachtliches Zeugnis für die Unschädlichkeit der Arbeitszeitverlängerung für die Gesamtproduktion findet sich in dem amtlichen Katalog über die deutsche Arbeit auf der Turiner Weltausstellung. In der Einleitung, die dem Katalog vorangestellt ist und die eine Schilderung des industriellen Aufschwungs Deutschlands seit 1870 enthält, wird auch des hervorragenden Anteils des Arbeiters an dieser Entwicklung gedacht, und wird auf den dem Arbeiter innewohnenden Eifer nach Bildung hingewiesen. Nach einer Aufzählung der hierzu geschaffenen Gelegenheiten wird festgestellt, daß damit der Industrie Deutschlands Arbeiter herangebildet seien, die zu den „bestqualifizierten Arbeitskräften der Welt“ gehören. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Alle diese Einrichtungen (Bildungsgelegenheiten, Vorkurse, Volkshochschulkurse usw.) ermöglichen, daß insbesondere dort, wo es sich um Maschinenarbeit handelt, mit größter Intelligenz produziert werden kann, wie man dem die Erfahrung gemacht hat, daß eine Herabsetzung der Arbeitszeit zum mindesten für qualifizierte Arbeiter nicht etwa einen Rückgang der Produktion, sondern im Gegenteil eine Zunahme desselben im Gefolge hat.“

Diese amtliche Erkenntnis, die hier dem Ausland vorgetragen wird, muß natürlich auch für die heimische Sozialpolitik der Behörden Geltung haben.

Die Agrarierlägen über argentinisches Geviezfleisch wurden kürzlich schon jämmerlich bloßgestellt durch die Mitteilung, daß dieses Fleisch ständig den feinen Passagieren der deutschen Südamerikadampfer vorgesetzt wird. Zu den Entlarvern der agrarischen Lügen gestellt sich in der „Münchener Med. Wochenschrift“ Dr. Chr. Jacob, der viele Jahre hindurch als Universitätslehrer an der medizinischen Fakultät zu Buenos Aires, der Hauptstadt Argentiniens, wirkte.

Das Vieh, berichtet er, lebt in voller Freiheit, ist wenig Erkrankungen ausgesetzt, wegen des geringen Wertes der Tiere werden fröhlichzeitig ausgemergelt. Besondere Bezirke dienen der Mästung, je nach der Grasart läßt sich die Qualität des Fleisches jeder Geschmacksrichtung anpassen. Für das Geviez werden zahlreiche großartige Anlagen, die es ermöglichen, daß das Fleisch des frisch geschlachteten und unterjuchten Tieres in, man kann sagen, „aseptischer“ Weise behandelt wird. Sowohl die technischen Einrichtungen der Transportdampfer als auch der deutschen Häfen und Eisenbahnen bieten keine Schwierigkeiten für den sachgemäßen Transport. Auch Jacob ist an den hygienischen Verhältnissen nichts auszusetzen. Die veterinärärztliche Überwachung ist außerordentlich streng. Der Staat hat sich eben schon seit langem überzeugt, daß hier das rigorose Vorgehen aus Gründen des ureigensten allgemeinen Interesses angebracht war. Nicht leicht gibt es in anderer Staat für die Ausbildung seiner Veterinäre, seiner Lehr- und Forschungsanstalten, der Untersuchungsanstalten usw. soviel aus als gerade Argentinien. Deutsche Hochschullehrer würden dort zusammen mit französischen an den Veterinärschulen, europäische Autoritäten werden konsultiert und koispieltliche experimentelle Studien generös unterstützt. . . . In bezug auf feuchthygienische Maßnahmen steht Argentinien in allererster Linie, im wohlbestandenen Eigeninteresse. Ohne Schwierigkeit ließe sich auch das Vieh lebend nach Deutschland bringen, im Hafen schlachten, untersuchen und in Kühlwagen verladen. Wollte man es nicht an Land kommen lassen, gäbe es genügend alte Dampfer, an deren Bord auf der Seebe Schlachtung und Unterjuchung vorgenommen werden könnte. Einer sachmännischen Oberaufsicht durch deutsche Sanitätsbeamte würde Argentinien keine Schwierigkeiten in den Weg legen. Und Dr. Jacob schließt: „Nach allem ist es möglich, für Deutschland billiges und gutes Fleisch umgehend zu erlangen.“

Rundschau.

Aus dem Reichstag. Wenngleich der Reichstag in der Woche, über die hier berichtet werden soll, gar nicht getagt hat, so ist doch wohl selten zuvor mit solcher Spannung auf die Berichte gewartet worden, die trotzdem Tag für Tag aus dem Wallotraum herauskommen sind. Das Plenum war nämlich nur deshalb vertagt worden, um den verschiedenen Kommissionen Zeit zu gewähren zur Beratung der ihnen überwiesenen Materien. Und die Berichte der Budgetkommission, die zunächst freilich nur in homöopathischen Dosen verabfolgt worden sind, wurden Vorstellungen wie echte Franziskaner Würstchen von Weilinern, die bisher nur „Oesterische“ für Realprodukte der Würstliche gehalten haben. In der erwähnten Kommission wurde nämlich über Marokko verhandelt. Und in vertraulicher Weise hat der Herr von Aiderlin-Waechter, ein Schwabe von Geburt, über seine bejammernswürdigen Schwabenreiche an der marokkanischen Küste berichtet. Es ist ein Fluß, der auf allen Wochenblättern laftet, daß sie

immer nachhumpeln müssen. Wenn hier also heute hier feststellen, daß Herr Aiderlin versucht hat, seine joggennante Politik zu rechtfertigen, so beruhen wir damit nicht wenig auf unsere Verursachungen, von denen wir überzeugt sind, daß sie alle fleißig die politische Arbeiterpresse lesen. Aber wenn wir in dem einen Falle hinterdrein humpeln, so eilen wir in einem anderen Falle den Ereignissen voraus: am 28. d. M. wird nämlich im englischen Unterhause der Minister des Auswärtigen Sir Edward Grey einige bedeutende Korrekturen vornehmen an den Vorlesungen des Herrn Aiderlin. (Dah er tatsächlich getan. Die Redaktion.) Mehr wollen wir vorhieltalber nicht voraussagen, um nicht in den Auf solchder Propheten zu kommen.

Das eine ist mit Sicherheit aus dem bisherigen Gange der öffentlichen Verhandlungen hervorgegangen: die drei größten europäischen Reichmächte, Deutschland, England und Frankreich, haben in den letzten sechs Monaten etwa dreimal dicht vor dem Ausbruch eines Krieges gestanden, dessen furchtbare Folgen gar nicht auszudenken sind. Die Erkenntnis, daß nur die Politik der sogenannten nationalen Parteien an derartige Abgründe führen konnte, kommt damit gerade noch rechtzeitig, um von allen denen, die den Frieden wollen, am 12. Januar richtig beantwortet zu werden.

In letzter Stunde vor Abfassung dieser Rundschau befaßte der Reichstag sich noch mit dem Hausarbeitsgesetz. Dabei machte sich der christliche Arbeiterfreund der Arbeiter- und Latinianische, Franz Lehren, wieder unangenehm bemerkbar, während der Abg. Robert Schmidt mit Wärme für die sozialdemokratischen Forderungen eintrat. Wir wollen in einer der nächsten Nummern das Hausarbeitsgesetz etwas näher beleuchten.

Die sozialistische Partei der Vereinigten Staaten wartet vor Einwanderung nach Kanada; sie erfuhr durch Vermittlung des internationalen sozialistischen Bureaus in Brüssel um Weiterverbreitung der folgenden Resolution der Sektion von Teller County (Colorado):

„In Anbetracht, daß von einem Ende der Welt bis zum anderen zwischen der arbeitenden oder produzierenden und der Kapitalisten- oder nichtproduzierenden Klasse ein Kampf um Leben und Tod um die politische Macht geführt wird, und

in Anbetracht, daß die Kapitalistenklasse bei ihren Anstrengungen, die produzierende Klasse in ein Verhältnis der Lohnarbeit zurückzuführen, das schon mehr Hörtigkeit zu nennen wäre;

in Anbetracht, daß die Kapitalistenklasse in diesem Augenblick gerade Kalifornien als Vorkampfbereich für ihre unheilvollen Absichten und ihre Veruche, die Werte schaffende Klasse in die Sklaverei zurückzuführen, ausgenutzt zu haben scheint, indem sie zunächst die Lohnarbeiter, dann die unselbständigen Pächter vernichtet, und

in Anbetracht, daß eines ihrer unheilvollen Verfahren — nach den Pressetelegrammen zu urteilen — darin besteht, in die europäischen Länder ihre Agenten zu schicken mit dem Auftrage, die Einwanderung nach Kalifornien zu fördern, und die Meinung hegend, daß die Lage und die Interessen der Werte erzeugenden Klasse ein solches Verfahren nicht rechtfertigen.

wurde von der Sektion von Teller County der sozialistischen Partei von Colorado beschlossen, den Landesparteivorstand zu ersuchen, alle sozialistischen und gewerkschaftlichen Zeitungen von ganz Europa von der Liste in Kenntnis zu setzen, daß die Veröffentlichung von Annoncen, welche zur Einwanderung nach dem Staate Kalifornien auffordern, nur die Ausführung eines der schlimmsten Pläne der Kapitalistenklasse bedeutet, um die Arbeitergewerkschaften zu vernichten und die ganze Werte schaffende Klasse in ein Abhängigkeitsverhältnis zu drängen; denn im gegenwärtigen Augenblick gibt es in diesem Staat Tausende von Arbeitern, denen es rein unmöglich ist, sich Arbeit zu verschaffen.“

In's Schwarze getroffen haben wir mit unserem Leitartikel in Nr. 44 vom 3. November 1911, wie das Rutgehül der christlichen Gewerkschaftspresse bezeugt. Unter anderem erscheint da als Beilage des „Christlichen Holzarbeiters“ eine Monatschrift der christlich organisierten Holzsterer und verwandter Berufsangehöriger, genannt „Die Vereinigung“, welche zum Zwecke der Agitation unter den Sattlern die Neutralität unseres Verbandes zu beweisen sucht. Auch dieses Organ erblickt seine Hauptaufgabe in der Verunglimpfung der freien Gewerkschaften, weswegen wir aus Keintlichkeitsgründen uns nie mit dem Geplätzchen beschäftigten. Unser Schweigen glaubte die Schriftleitung als einen Freibrief zu deuten. Eine Freude, die wir ihr bei diesen traurigen Zeiten von Herzen gönnen; ist sie doch die einzige Möglichkeit, ihren Forderungen zu beweisen, daß sie trotz Reichsfinanzreform und anderer unsfönder Gesetze noch tren zu ihnen steht und in Zukunft gewiß ist, die schwarzblaue Auspöckerungspolitik weiter zu ver-

treten. Wir dagegen sind im Interesse der Gesamtarbeiterschaft Gegner dieser Politik und finden in der sozialdemokratischen Reichstagsvertretung den Bundesgenossen, der mit Energie gewillt ist, die Verbrechen der freien neutralen Gewerkschaften zu sühnen und zu rügen. Doch die große Masse der Arbeiter dies einzusehen und Demagogie handelt (siehe die Wohlergebnisse zum Reichstag, zu den Landtagen und Stadtparlamenten) gerät dem Zentrum am allerwenigsten, weswegen es die christlichen Gewerkschaften einmündet, ihre Agitation einzugreifen. Diese Bemerkung haben wir in unserem Leitartikel in Nr. 41 vom 3. November 1911 gemacht und unsere Kollegen aufgefordert, am 12. Januar 1912 dementsprechend zu wählen. Dabei haben wir sicherlich nicht auf die Zustimmung der deutschen Wähler gerechnet; daß aber die „Vereinigung“ einen Rückfall davon bekommt, war nicht unsere Absicht. Vielmehr glaubten wir, die christlichen Agitatoren werden mit Selbstbezug das von uns aufgemachte Sündenregister der „Schwärzen“ übergeben und wenn auch nicht öffentlich, so doch im stillen Mauerwerk darunter trauern.

Eine jadtliche Entgegnung auf unseren Artikel wäre allerdings ein zu großes Verlangen von der christlichen Gewerkschaftspresse. Wenn auch nicht reinlich, so doch weniger geheimnistragend ist es, wenn man einzelne Bruchstücke aus dem Zusammenhange herausreißt und dann behauptet:

„Wenn die „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ mit Behel der Meinung ist, daß der erste und oberste Zweck der „freien“ Gewerkschaften derjenige ist, die Mitglieder allmählich, aber sicher zu überzeugten Sozialdemokraten zu erziehen, dann hat sie allerdings recht mit der Behauptung, sie lasse sich dabei einzig und allein auf von gewerkschaftlichen Beweggründen leiten.“

Wenn wir dann angegangen werden, einmal verraten zu wollen, worin die berühmte Neutralität der „Sattler- und Portefeuille-Zeitung“ denn noch besteht, so wollen wir darauf eine Antwort geben, allerdings mit der begründeten Befürchtung, die „Vereinigung“ wird sie ihren Lesern unterfchlagen:

Wir freien Gewerkschaften verziehen unter Neutralität, daß jeder in die Organisation aufgenommen wird, ganz gleich, welcher Religion, Partei oder Klasse er angehört. Wir fragen bei der Aufnahme nicht: Bist Du Jude, Hebräer oder Sozialdemokrat? Außerhalb der Gewerkschaftsorganisation, und besonders in der Politik, spielen aber so viele Fragen, die uns als Gewerkschaftler betreffen, daß es Pflicht der Organisation ist, die Mitglieder darauf aufmerksam zu machen, von welcher politischen Partei den Gewerkschaften Gefahr droht. Wir wollen freilich niemanden durch Staat verpflichten, eine bestimmte Partei zu wählen. Aber wir würden unsere Pflicht verletzen, wenn wir nicht die Faten jeder Partei an den Augen der Mitglieder neuem passieren lassen und dann die Mitglieder aufforderten, ihr Staatsbürgerrecht unbedingt auszuüben und den Stimmzettel abzugeben für denjenigen Kandidaten, der wirklich Arbeiterinteressen vertritt. Wenn sich dann bei diesem „Neuem passieren lassen“ herausstellt, daß wir nur zur Sozialdemokratie Vertrauen haben können, dürfen wir im Interesse der Gewerkschaften den Mitgliedern auch nur empfehlen, mit dem Stimmzettel der Sozialdemokratie zum Siege zu verhelfen. Das ist keine Neutralitätsüberlegung, sondern Notwehr, da von allen bürgerlichen Parteien die Gewerkschaftsinteressen mit Füßen getreten werden.

Wie sieht es nun aber mit der vielgerühmten Neutralität der „christlichen Gewerkschaften“ aus? Schon die Firma weist darauf hin, daß nur die auf einem bestimmten kirchlichen oder religiösen Standpunkt stehenden Arbeiter aufgenommen werden. Ist das neutral? Aufzählung der letzten allgemeinen Wahlen tamen die christlichen Gewerkschaftsführer in Düsseldorf zusammen, um Stellung zur Reichstagswahl zu nehmen. Natürlich zugunsten des Zentrums. Die christliche „Holzarbeiterzeitung“ (sic!) schrieb: „Keine Stimme der Sozialdemokratie!“ Der christliche „Verknäpp“ meinte höhnisch: „Wenn wir nicht parteipolitisch neutral wären, hätten wir alle Ursache, zu sagen: Nieder mit der Sozialdemokratie!“ Der christliche Gewerkschaftssekretär Imbusch erklärte 1906 in Essen: „Wir müssen endlich auch Anschluß an eine politische Partei suchen, und das kann für katholische Arbeiter nur die Zentrumspartei sein.“ In einer Versammlung christlicher Textilarbeiter bei GutsMuths erklärte 1908 ein christlicher Führer: „Alle, die christlich organisiert sind, müssen sich auch dem katholischen Volksverein anschließen!“ Der Volksverein für das katholische Deutschland ist aber der Wahlverein der Zentrumspartei. Das ist die Neutralität der „Christlichen“.

Für heute wollen wir es mit dieser Beweisführung genug sein lassen, sind aber jederzeit bereit, uns mit den christlichen Helden in öffentlicher Versammlung auseinanderzusetzen. Wie wärs mit einem Längchen?

